

Niederschrift

über die 6. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 24.06.2021
(11. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	5
1 Einwohnerfragestunde	5
2 Bürgeranregung nach § 24 Gemeindeordnung NRW: Sommerferienbetreuung in Kindertageseinrichtungen Vorlage: FB2/1361/2021	5
3 Bericht des Landrats - Service- und Koordinierungsgesellschaft für preisgünstigen Wohnraum im Rhein-Kreis-Neuss	6
4 Coronabedingte Finanzschäden und Folgen für den städt. Haushalt Vorlage: SFI/0480/2021	6
5 Bestellung eines Vertreters der Stadt für den Verwaltungsbeirat der GWG Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft für den Kreis Viersen AG Vorlage: BM/1360/2021	6
6 Aktuelle Bundesfachplanungsentscheidungen der Bundesnetzagentur: A Nord und Ultranet Vorlage: BJ/0481/2021	7
7 Anträge	7
7.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Thematisierung der Gestaltung von Niederschriften/Umgang mit Änderungsanträgen und des Umgangs mit Bürgeranträgen Vorlage: BJ/0355/2021	7
8 Anfragen	8
8.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.06.2021 bzgl. Notstromkonzept Vorlage: BJ/0157/2021	8
8.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.06.2021 bzgl. 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland Vorlage: BJ/0159/2021	8
9 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	9
10 Termin der nächsten Sitzung: 30. September 2021	9

11 **Verschiedenes** 9

Sitzungsort: Neusser Feldweg 4, 40670 Meerbusch, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:26 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Christian Bommers Bürgermeister

von der CDU-Fraktion

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Herr Fabian Hasebrink Ratsmitglied

Herr Jonas Kräling Ratsmitglied

Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Frau Nicole Niederdelmann-Siemes Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

Herr Ralph Jörgens Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dario Dammer Ratsmitglied Vertretung für Frau Dr. Karen Schomberg

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

Frau Barbara Neukirchen Ratsmitglied

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Daniela Glasmacher Ratsmitglied

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Marc Becker Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Wolfram Olbertz Zentrale Dienste

Herr Dr. Marc Saturra Leiter Büro des Bürgermeisters und Justizariat

Herr Patrick Wirtz Referent des Bürgermeisters

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Michael Assenmacher Techn. Beigeordneter

Frau Franziska Held

Herr Ulrich Mombartz Vorsitzender Personalrat

Herr Christian Volmerich Stadtkämmerer

Gäste

Hans-Jürgen Petrauschke

Landrat

zu TOP 3

es fehlen:

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Karen Schomberg

Ratsmitglied

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Frau Dr. Blaum (BUND) führt zur eingereichten Anregung hinsichtlich der Durchführung eines autofreien Sonntags aus und erkundigt sich, warum diese nicht als Bürgerantrag gemäß §24 GO NRW im Ausschuss zur Diskussion gestellt werde. Die Verwaltung habe ihr in einer Antwort zunächst nur die beabsichtigten Maßnahmen vorgestellt.

Bürgermeister Bommers und Technischer Beigeordneter Assenmacher führen aus, dass das Thema und somit auch die Anregung des BUND im Zuge der weiteren Planungen und politischen Beratungen rund um die geplante Klimawoche Berücksichtigung finden solle. Dies sei auch entsprechend kommuniziert worden. Grundsätzlich sei die Sperrung von Straßen nur zulässig im Zusammenhang zu Veranstaltungen bzw. unter Begleitung entsprechender Aktivitäten und Angebote. Um eine solche Aktion beispielsweise im Zuge der Klimawoche umzusetzen, seien Vereine und Verbände gefragt, sich mit Aktivitäten und Angeboten zu beteiligen.

2 Bürgeranregung nach § 24 Gemeindeordnung NRW: Sommerferienbetreuung in Kindertageseinrichtungen Vorlage: FB2/1361/2021

Beschluss:

Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss verweist den Antrag gemäß § 24 GO NRW vom 25.05.2021 auf Bereitstellung einer Sommerferienbetreuung in Kindertageseinrichtungen für die Dauer von mindestens drei Wochen ab dem Jahr 2022 an den zuständigen Jugendhilfeausschuss.

Jugendhilfeausschuss:

Der Jugendhilfeausschuss am 08.09.2021 beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, den Antrag gemäß § 24 GO NRW vom 25.05.2021 zur Bereitstellung einer Sommerferienbetreuung in Kindertageseinrichtungen für die Dauer von mindestens drei Wochen ab dem Jahr 2022 im Rahmen der Beschlussfassung zu TOP 14.2 (Antrag Bündnis90-DIE GRÜNEN: Randzeiten in Kindertageseinrichtungen) im Jugendhilfeausschuss vom 08.06.2021 zu bearbeiten und ein Gesamtkonzept zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Der Petent, Herr Baltrusch, führt zu den Inhalten seiner Anregung aus. Seine Stellungnahme ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Erster Beigeordneter Frank Maatz erläutert, dass der Antrag inhaltlich im Jugendhilfeausschuss beraten werde und durch den Hauptausschuss formal in den Jugendhilfeausschuss verwiesen werde. Er weist auf die bereits geführten Beratungen zum Thema Ferienbetreuung und die verwaltungsseitig geplanten Anpassungen hin.

Ratsherr Fliege weist darauf hin, dass im Falle einer Änderung des Verfahrens eine frühzeitige Elterninformation gegeben werden solle. Dies wird von der Verwaltung aufgenommen. Sodann wird über den Verweis des Antrags in den Jugendhilfeausschuss abgestimmt.

3 Bericht des Landrats - Service- und Koordinierungsgesellschaft für preisgünstigen Wohnraum im Rhein-Kreis-Neuss

Landrat Petrauschke führt anhand einer Präsentation zur Struktur und zu den Aufgaben der geplanten Service- und Koordinierungsgesellschaft für preisgünstigen Wohnraum im Rhein-Kreis Neuss aus. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Im Anschluss beantwortet er verschiedene Fragen der Ausschussmitglieder.

4 Coronabedingte Finanzschäden und Folgen für den städt. Haushalt Vorlage: SFI/0480/2021

Stadtkämmerer Volmerich führt zu den Inhalten der Informationsvorlage aus.

Auf Nachfrage erläutert er, dass insbesondere im Bereich der Gewerbesteuer noch keine verlässliche Prognose über die aktuellen Schätzungen hinaus abgegeben werden könne, da die endgültigen unternehmerischen Ergebnisse erst mit deren Steuererklärungen vorlägen.

Es besteht Einverständnis, dass aufgrund des zu erwartenden defizitären Finanzplanes die in diesem Jahr anberaumten Maßnahmen zu prüfen sind. Die Verwaltung stellt den Fraktionen hierzu eine aktualisierte Liste der Baumaßnahmen zur Verfügung.

5 Bestellung eines Vertreters der Stadt für den Verwaltungsbeirat der GWG Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft für den Kreis Viersen AG Vorlage: BM/1360/2021

Beschluss:

Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschließt im Wege der Eilentscheidung gemäß §60 der Gemeindeordnung NRW, folgenden Vertreter in den Verwaltungsbeirat der GWG Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Kreis Viersen AG zu entsenden:

1. Herrn Bürgermeister Christian Bommers

Rat:

Der Rat der Stadt Meerbusch genehmigt die Eilentscheidung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses vom 24.06.2021 zur Entsendung des Herrn Bürgermeister Christian Bommers als Vertreter der Stadt Meerbusch in den Verwaltungsbeirat der GWG Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Kreis Viersen AG.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeister Bommers übergibt die Sitzungsleitung an die stellvertretende Bürgermeisterin Schoppe.

Stellvertretende Bürgermeisterin Schoppe führt zu den Inhalten der Vorlage aus und lässt sodann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

6 Aktuelle Bundesfachplanungsentscheidungen der Bundesnetzagentur: A Nord und Ultranet Vorlage: BJ/0481/2021

Justiziar Dr. Saturra führt zu den Inhalten der Vorlage aus.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

7 Anträge

7.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Thematisierung der Gestaltung von Niederschriften/Umgang mit Änderungsanträgen und des Umgangs mit Bürgeranträgen Vorlage: BJ/0355/2021

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschließt, dass verwaltungsseitig Verfahrensregelungen zum Umgang mit Protokollen und zur Behandlung von Bürgeranträgen erarbeitet werden, die nach entsprechender Beratung und Beschlussfassung des Rates Niederschlag in der Geschäftsordnung finden oder verbindlich festzuhalten sind.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Peters führt zu den Inhalten des vorliegenden Antrages aus.

Ratsherr Damblon verweist auf die geltenden Regelungen der Geschäftsordnung zur Protokollierung von Rats- und Ausschusssitzungen. Dass mit den Inhalten von Protokollen Politik gemacht werde, gelte es zu vermeiden. Hinsichtlich der Behandlung von Bürgeranträgen seien in der Vergangenheit nicht regelmäßig die originären Begehren der Anträge zur Abstimmung gestellt worden. Hierzu bedürfe es jedoch keiner schriftlich fixierten Regelung.

Bürgermeister Bommers führt zu den Inhalten und Regelungen der Geschäftsordnung aus. Demnach seien nach enger Auslegung lediglich Ergebnisprotokolle der Sitzungen zu fertigen. Üblich sei jedoch die Erstellung von Verlaufsprotokollen, aus denen sich die Diskussionsverläufe zu den einzelnen Beratungsgegenständen ergäben. Alternativen zu diesen Verlaufsprotokollen seien entweder Ergebnisprotokolle oder aber Wortprotokolle, die aufgrund der Umfänge jedoch nicht zweckmäßig erschienen. Hinsichtlich der Beratung und Beschlussfassung zu Bürgeranträgen nach §24 GO NRW verweist er auf den Vermerk des Justiziers, der den Fraktionen zur Verfügung gestellt worden sei.

Ratsherr Jörgens weist darauf hin, dass derzeit eine Prüfung zur Einführung von Live-Streams durch die Verwaltung erfolge. Sofern künftig ein Live-Stream angeboten werde, könnten alle Diskussionsverläufe im Nachgang verfolgt werden, sodass die Erstellung von Ergebnisprotokollen ausreichend sei. Für eine Prüfung seitens der Verwaltung, wie bis dahin mit Protokollierungen umgegangen werde, sei jedoch kein Antrag nötig.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes verweist ebenfalls auf die geltenden Regelungen der Geschäftsordnung. Wortprotokolle seien aufgrund ihrer Umfänge keine Lösung. In Verlaufsprotokollen sei es wichtig, dass sich die genannten Redner in den Ausführungen wiederfinden. Die Verwaltung solle unter den gegebenen Regelungen die Art der Protokollierung prüfen.

Bürgermeister Bommers fasst zusammen, dass die Verwaltung die Umfänge und Darstellungen der Protokolle prüfen werde. Sofern konkrete Vorschläge hierzu in den Fraktionen bestünden, könnten diese gerne an die Verwaltung gerichtet werden.

Zum Thema Bürgeranträge erläutert Justiziar Dr. Saturra den an die Fraktionen versandten Vermerk. Demnach sei es der Verwaltung nicht möglich, Anträge und Anregungen von Bürgern als Beschluss vorzuschlagen und zur Abstimmung zu stellen, die technisch, rechtlich oder aus anderen Erwägungen heraus objektiv nicht umsetzbar seien. Eine verwaltungsseitige Prüfung der Anträge und Anregungen sei daher geboten.

Die Ratsherren Becker und Peters führen aus, dass Verwaltungsvorschläge zur Umsetzbarkeit von Bürgeranregungen sinnvoll und gewünscht seien, diese sollten jedoch die Intention und die Inhalte der Anregungen nicht weitestgehend konterkarieren.

Die Verwaltung soll daher beauftragt werden, die Form der Protokollierung von Sitzungen sowie den Umgang mit Bürgeranregungen zu prüfen und das Ergebnis zur Verfügung darzustellen.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über diesen Prüfauftrag abstimmen.

8 Anfragen

8.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.06.2021 bzgl. Notstromkonzept Vorlage: BJ/0157/2021

Erster Beigeordneter Maatz führt aus, dass die Erstellung des Notstromkonzeptes bislang noch nicht begonnen werden konnte, da die Kapazitäten des hierzu zuständigen Ordnungsamtes für die Bewältigung der Pandemie einzusetzen waren. In Kürze erfolge die Besetzung der neuen Stelle eines/r Sachbearbeiters/in für den Katastrophenschutz. Diese/r werde das Thema dann aufnehmen.

8.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.06.2021 bzgl. 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland Vorlage: BJ/0159/2021

Erster Beigeordneter Maatz berichtet zur Anfrage, dass im Zuge der Sitzung des Kulturausschusses am 05. Mai ein Flyer der Verwaltung mit den beabsichtigten Veranstaltungen im Gedenkjahr „1700 Jahre jüdisches Leben“ vorgestellt worden sei. Über die hierin vorgesehenen Veranstaltungen hinaus seien seitens des Ausschusses noch weitere Anregungen gegeben worden, die mit dem durch den Rat beschlossenen Budget von 5.000,- € jedoch nicht finanziert werden könnten.

Ratsherr Dammer führt aus, dass der Flyer vielversprechend sei. Zusätzliche Angebote, etwa einer Stadtführung, könnten voraussichtlich mit geringen Mitteln ebenfalls angeboten werden.

Stadtkämmerer Volmerich führt aus, dass eine Erhöhung der Mittel für zusätzliche Veranstaltungen durch ihn in ausreichendem Maß erfolgen könne. Eines politischen Beschlusses bedürfe es daher nicht.

Die Verwaltung prüft entsprechend, inwiefern weitere Veranstaltungen im Jubiläumsjahr durchgeführt werden können.

9 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Ausschuss nimmt die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

Live-Stream von Ratsitzungen

Justiziar Dr. Saturra teilt mit, dass durch die Verwaltung erste Anforderungen an die Umfänge und die technische Ausstattung für ein Live-Streaming politischer Gremiensitzungen definiert und an die ITK-R mitgeteilt worden seien. Um eine entsprechende Ausschreibung durch die ITK-R auf den Weg zu bringen, finde Anfang Juli ein Abstimmungsgespräch zwischen der Verwaltung, weiteren Anwenderkommunen sowie der ITK-R statt. Zudem verweist er auf die den Fraktionen zur Verfügung gestellten, schriftlichen Ausführungen sowie die damit versandten Erfahrungsberichte anderer Kommunen. Zielsetzung sei es, Angebote zu verschiedenen „Paketen“ mit unterschiedlichen Umfängen eines Live-Streamings zu erhalten, die der Politik dann für eine Entscheidung vorgelegt werden sollten. Seitens des Ratsbüros erhielten die Ratsmitglieder parallel dazu bereits ein Abfrageformular um mitzuteilen, inwiefern sie einer Verarbeitung persönlicher Daten in Form von Bild und Ton zustimmen würden. Sofern Ideen und Anregungen seitens der Fraktionen bestünden, könnten diese der Verwaltung jederzeit mitgeteilt werden.

Elternbrief zur Erstattung von Elternbeiträgen während der Pandemie

Bürgermeister Bommers führt aus, dass sich das Land NRW sowie die kommunalen Spitzenverbände zwischenzeitlich hinsichtlich der teilweisen Erstattung der Elternbeiträge für die zurückliegenden Monate geeinigt hätten. Für die Sitzung des Rates am 01.07. läge eine entsprechende Beschlussvorlage vor. Aufgrund der anstehenden Ferien weist der Bürgermeister darauf hin, dass verwaltungsseitig bereits im Vorfeld der Ratssitzung ein Informationsbrief an die Eltern beabsichtigt sei. Diesem Vorgehen stimmt der Ausschuss zu.

10 Termin der nächsten Sitzung: 30. September 2021

11 Verschiedenes

Anschaffung von Bücherboxen

Ratsherr Peters erkundigt sich nach dem Sachstand der Beschaffung der Bücherboxen. Technischer Beigeordneter Assenmacher führt aus, dass die Ausschreibung erfolgt und die Boxen bestellt seien. Eine Information, wer den Zuschlag zur Lieferung erhalten habe, werde nachgereicht.

Anmerkung: Der Auftrag zur Lieferung der Bücherboxen wurde an die „urbanlife e.G.“ erteilt.

Warteschlangen vor den Bürgerbüros

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes erkundigt sich nach den Gründen für die Warteschlangen vor den Bürgerbüros in den vergangenen Tagen.

Erster Beigeordneter Maatz führt aus, dass die Bürgerbüros seit Kurzem wieder im Normalbetrieb ohne vorherige Terminvereinbarung geöffnet seien. Daher seien nun die coronabedingt aufgeschobenen Anfragen abzarbeiten. Zudem würden jährlich vor den Sommerferien vermehrt neue Ausweise beantragt. Dies zusammen führe derzeit zu einer hohen Nachfrage in den Bürgerbüros. Längere Wartezeiten könnten daher nicht ausgeschlossen werden.

Informationen zu Rats- und Ausschusssitzungen

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes erkundigt sich, wie Personen ohne Internetanschluss an Informationen zu den Rats- und Ausschusssitzungen gelangen könnten.

Bürgermeister Bommers führt aus, dass diese Informationen sowie die öffentlichen Sitzungsunterlagen telefonisch im Ratsbüro angefragt werden könnten.

Meerbusch, den 30. Juni 2021

Christian Bommers
Bürgermeister

Patrick Wirtz
Schriftführer